



«Wir müssen Kapital vernichten»

Ulrich Thielemann Der Berliner Wirtschaftsethiker über die Abgeltungssteuer, das Ende des Schweizer Bankgeheimnisses und sein Memorandum für eine bessere Ökonomie.

INTERVIEW: THOMAS PFISTER UND
MADELEINE STÄUBLI-RODUNER
ADRIAN STÄHLI (FOTOS)

Darfein Wirtschaftsethiker Schadenfreude empfinden?

Ulrich Thielemann: Das darf er schon, es spielt aber eine untergeordnete Rolle und interessiert mich persönlich überhaupt nicht. Wieso?

Vor drei Jahren sind Sie als schon fast gesetzter Nachfolger für den Wirtschafts-ethik-Lehrstuhl der Uni St. Gallen über Ihre Kritik am Schweizer Bankgeheimnis gestolpert. Und nun kippt das Geheimnis.

Thielemann: Das kann man so sehen. Jedenfalls hatte ich mich zu den valablen Nachfolgern gezählt.

Wie sauber ist denn heute das Nest, als dessen Nestbeschmutzer Sie damals bezeichnet worden sind?

Thielemann: Ich erhielt damals viele Hass-E-Mails, aber noch mehr Solidaritätsadressen. Viele Leute waren froh, dass hier endlich mal Klartext gesprochen wird. Viele meinten, dieses Unrechtsbewusstsein sei doch des Pudels Kern.

Und wie sieht das heute aus?

Thielemann: Zwar haben sich die Dinge etwas verschoben, doch ist die Schweiz auch heute noch innerlich gespalten. Am Bankgeheimnis kristallisiert sich das Grundverständnis der Schweizerinnen und Schweizer. Das Steuerabkommen, das sich die Schweiz von der Bankenlobby hat schreiben lassen, spricht noch die Sprache des fehlenden Unrechtsbewusstseins. Keiner wagt sich da vor, er gilt sonst sofort als Landesverräter...

Sie übertreiben gerade masslos. Zudem hat sich in der Zwischenzeit einiges verändert.

Thielemann: Aber das sind doch nur Antworten auf den Druck von aussen. Jedenfalls höre ich von den politischen Exponenten nicht: Diese Praxis war ethisch falsch. Wir haben Fehler gemacht. Dies wäre der moralisch stolzere Weg. Aber vielleicht

traut man sich einfach nicht.

Die Kritik erstaunt uns. Die vom Bundesrat propagierte Weissgeldstrategie liegt doch genau auf Ihrer Linie.

Thielemann: Die Praxis der Weissgeldstrategie heisst doch nur, Schwarzgelder weiss zu waschen. Wohnsitzprinzip sicherstellen durch automatischen Informationsaustausch, das wäre die Lösung.

Sehen Sie sich eigentlich als Prophet, der im damaligen Vaterland ungehört blieb?

Thielemann: Es hat mich echt geärgert, dass unsere Argumente überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn diskutiert wurden, weder politisch noch wissenschaftlich.

Aber es erfüllt Sie wirklich nicht mit einer gewissen Genugtuung, dass Sie das ja schon immer gesagt haben?

Thielemann: Ich würde Genugtuung empfinden, wenn sich die Einsicht breitmache, dass diese Praxis absolut nicht rechtfertigungsfähig ist. Es handelt sich hierbei immerhin um eine schwere Verfehlung der Schweiz. Das Perfide daran ist ja: Man braucht nur den Informationsaustausch zu verweigern. Im Ergebnis ist dies ein Diebstahl an fremdem Steuersubstrat. Und zwar in gigantischem Ausmass. Wir sprechen hier von Beträgen im Billionenbereich.

Ist der Begriff Diebstahl nicht ein bisschen zu hart? Die Deutschen bringen das Geld ja selber in die Schweiz...

Thielemann: ...der Stehler braucht den Hehler. Ohne Schweizer Beihilfe würde das gewissenlose Spiel natürlich nicht funktionieren.

Machen Sie es sich da nicht zu einfach? In Deutschland ist Steuerhinterziehung ein Volkssport, den viele ohne Hilfe der Schweiz betreiben. Und mit dem aktuellen Steuerabkommen verliert die Schweiz weiter an Attraktivität...

Thielemann: ...nein. Das Steuerabkommen hat nur einen Zweck: Es soll den globalen Regimewechsel zum automatischen

Informationsaustausch verhindern. Es soll der Schweiz und den mit ihr verbundenen Steueroasen weiterhin das Schwarzgeldgeschäft erlauben. Daher soll das Steuerabkommen scheitern. Die EU und die USA haben ohnehin die Weichen gestellt hin zum automatischen Informationsaustausch. Eine Abgeltungssteuer verletzt elementare Regeln der Besteuerung, nämlich das Wohnsitzprinzip und das Welteinkommensprinzip. Jeder soll in dem Land, in dem er lebt, mit seinem gesamten Einkommen veranlagt werden.

Weshalb?

Thielemann: Was haben Schweizer Steuersätze mit Einkommen zu tun von Leuten, die in Deutschland oder Frankreich wohnen? Sie sind dort steuerpflichtig, denn sie nutzen auch die dortige öffentliche Infrastruktur. So einfach ist das.

Und die Banken hätten die Pflicht, diese Leute zu melden?

Thielemann: Nein, die Banken haben überhaupt nichts zu tun. Sie dürfen einfach den Informationsaustausch nicht verweigern, das kann man technisch organisieren. Die Abgeltungssteuer ist ein Irrweg. Nicht bloss, weil sie nur die Erträge, die das Schwarzgeld abwirft, erfasst. Auch, weil es doch nicht sein kann, dass die Schweiz Steuern eintreibt für andere Länder. Sie soll bloss die Informationen herausrücken.

Da spielt sich Deutschland doch bloss als Richter auf...

Thielemann: Zunächst: Nicht Deutschland greift ins schweizerische Steuersystem ein, sondern genau umgekehrt die Schweiz ins deutsche. Und zwar massiv. Deutschland hat jedes Recht, sein legitimes Steuersubstrat einzufordern.

Wie lange lebt das Bankgeheimnis noch?

Thielemann: Wenn ich mir die jüngsten Vorstösse der USA und der EU anschau, dann sind die Tage des zwischenstaatlichen Bankgeheimnisses gezählt.



Trotzdem glaubt die Schweiz auch an ihre besondere Position für Menschen, deren diktatorische Regime an ihr Geld wollen.

Thielemann: Das sind doch alles billige Scheinargumente. Deutschland eine Diktatur? Das glaubt vielleicht der Tea-Party-Banker Konrad Hummler. Und dass das Geld aus Entwicklungsländern abgezogen wird, ist ja gerade ein Riesenproblem. Nun wird das Geld aus Griechenland abgezogen.

Da spielen jedoch auch andere Faktoren eine Rolle.

Thielemann: Das mag sein. Doch abgesehen von den Ungleichgewichten innerhalb Europas ist es doch einfach skandalös, dass Griechenland alle seine Probleme nicht hätte, wenn seine Reichen angemessen besteuert würden. Und die Schweiz ermöglicht nun die Steuerflucht der reichen Griechen.

Wo sehen Sie den Lösungsansatz?

Thielemann: Meines Erachtens müssten grosse Anteile des weltweit angehäuften Kapitals abgeschrieben werden. Die Schlüsselfrage unserer Zeit lautet: Wie können wir diese Kapitalbestände abbauen, ohne dass es zu einer Katastrophe kommt?

Sie wollen das Kapital abschaffen? Das ist nicht Ihr Ernst.

Thielemann: Bitte nicht gleich in Schwarz-Weiss denken. Fürs Erste muss man aber einsehen, warum die Kapitalbestände überhaupt abzubauen sind. Es läuft immer das gleiche Spiel, es bilden sich Blasen, die New-Economy-Blase, die Immobilienblase, nun die Staatsverschuldungsblase. Diese ist ja nur entstanden, weil die Staaten die Immobilienblase auffangen mussten. Die Vermögensbestände, die zu guten Teilen Blasenkapital bilden, werden im Wesentlichen durch den Boni-getriebenen Austausch zwischen Banken erzeugt. Mit den Bürgschaften und der Niedrigzinspolitik sichert man diese weiter ab und gibt damit dem Kapital weitere Hebel in die Hand, um die Realwirtschaft unter Druck zu setzen.

Anstatt das Kapital zu eliminieren.

Thielemann: Wenn wir überhaupt erst einmal verstanden haben – und das haben die Ökonomen, Neoklassiker wie Keynesianer, nicht –, wie Kapital funktioniert und im Wettbewerb wirkt, merkt man, dass zu viel Kapital im Spiel ist.

Wie definieren Sie die Rolle des Kapitals?

Thielemann: Das Kapital ist nicht einfach eine wertvolle Frucht, die geschützt werden muss, damit Arbeitsplätze entstehen. Es schafft zwar Arbeitsplätze, treibt damit

aber letztlich nur den Wettbewerb voran. Und dadurch werden Arbeitsplätze irgendwo anders zerstört. Wachstum gibt es erst, wenn es den Verlierern gelingt, wieder auf die Füße zu kommen. Dies ist das Betriebsgeheimnis unseres Wohlstands.

Weshalb denn die Blasen?

Thielemann: Blasenbildung heisst, dass das Wettbewerbsniveau zu hoch ist. Die Realwirtschaft schafft es nicht, die den gigantisch angewachsenen Kapitalbeständen korrespondierenden Renditen zu erwirtschaften. Seit 1980 hat sich das Welt-BIP versechsfacht, die nominellen Kapitalbestände sind um den Faktor 18 angewachsen.

Die Binnenwirtschaft von Ländern wie Griechenland liegt wegen zu wenig Wettbewerb und verkrusteter Strukturen am Boden. Da müsste die Produktivität erhöht werden. Mit einer Vernichtung des Kapitals dürfte das schwierig werden.

Thielemann: Zunächst einmal: Es geht ganz sicher nicht darum, alles Kapital zu vernichten, sondern darum, die zu hohen Kapitalbestände abzubauen. Nun zur Frage: Der allgemeine Tenor ist ja heute: Alle müssen ständig und ohne Grenze «die Produktivität» erhöhen. Doch wollen wir das? Brauchen wir mehr, brauchen wir Wachstum? Lohnt sich der Stress noch? Diese Frage kann nicht jeder für sich stellen. Vielmehr muss sie wirtschafts- und weltordnungspolitisch gestellt werden.

Wer genau soll das umsetzen?

Thielemann: Die Politik. Aber nicht der Staat als angeblich böse dritte Kraft, als Leviathan, wie das die Libertären sagen, sondern «we, the people», in Freiheit, weil wir verstehen, wie die Dinge sich verhalten. Weil wir verstehen, wie wir uns selbst und wie uns das Kapital unter Druck setzt. Doch dazu brauchen wir ökonomische Bildung statt Verbildung.

Wie aber vernichtet man Kapital?

Thielemann: Etwa indem man es wieder angemessen besteuert. Oder indem man die betreffenden Unternehmen pleitegehen lässt, aber dann Auffanggesellschaften bildet. Dann könnte man das Unternehmen in eine andere Gesellschaftsform überführen, zum Beispiel in eine Genossenschaft. Wir leben übrigens im UNO-Jahr der Genossenschaften. Dies wäre eine gewisse Entkapitalisierung der Marktwirtschaft.

Sie fordern einen Paradigmenwechsel vom ökonomistischen zum ethischen, reflektierten Wirtschaften. Das klingt nach

einer linken Utopie aus der Mottenkiste.

Wer soll das durchsetzen?

Thielemann: Es ist zunächst keine Durchsetzungsfrage, es ist eine Geltungsfrage. Was darf Geltung beanspruchen? Was soll letztlich gelten? Soll die Marktmacht der Akteure gelten, wie die Ökonomen meinen, aber statt von Macht von «Freiheit» sprechen? Soll das Prinzip Markt herrschen, das heisst das Recht des Stärkeren – des Zahlungsfähigeren und Produktiveren nämlich?

Das hat uns den Wohlstand beschert...

Thielemann: Zahlungsfähigkeit und Produktivität, das ist ja schön und gut. Und ja, das hat uns den Wohlstand beschert. Aber wir müssen das in seiner Ambivalenz beleuchten, in seiner Relativität. Doch das können wir nur aus einer vernunftethischen Perspektive angehen, nicht aus einer ökonomistischen. In demokratischen Staaten gilt ja nicht «one dollar, one vote», sondern eben «one man, one vote». Der Markt darf nicht zum Prinzip erhoben werden. Er ist aber de facto Prinzip, und zwar ein kapitalistischer Markt. De facto ist das Kapital der Prinzipal dieser Welt und nicht wir, «the people». Daher sollten wir uns fragen, wo wir Markt und Kapital einschränken.

Wer ist wir?

Thielemann: Wir alle haben mit dem Wirtschaften zu tun. Auch dort sollten wir ja als Bürger auftreten. Indem wir nach der Verantwortbarkeit und Sinnhaftigkeit fragen, statt alles auszunutzen, was sich auszunutzen lässt. Indem wir Gewinne erzielen, aber nicht Gewinne maximieren. Indem wir verantwortlich einkaufen. Das ist die individuelle ethische Seite. Die andere ist die ordnungsethische Seite. Es bedarf eben der Regulierung. Weil diese Seite irgendwann Grenzen hat. Die Grenze ist immer

«Das Steuerabkommen hat nur einen Zweck: Es soll den globalen Regimewechsel zum automatischen Informationsaustausch verhindern.»

dieselbe. Wir können nicht sicher sein, dass alle mitziehen.



Wir können hingegen sicher sein, dass nicht alle mitziehen.

Thielemann: Es darf nicht sein, dass der verantwortungsbewusste Akteur der Dumme, der Verlierer ist. Selbst wenn alle anständig wären, könnten sie die Dummen sein, weil sie nicht wissen, ob die anderen mitziehen. Weil die moralische Verbindlichkeit an Grenzen stösst, brauchen wir Rechtsverbindlichkeit. Das ist der Rechtsstaat, der übrigens immer schon die Wirtschaft reguliert hat.

Wie wärs mit dem Papst?

Thielemann: Nein, wir müssen eine menschliche Marktwirtschaft schaffen, eine menschliche, eingebettete, gemässigte. Das erreichen wir nur über eine globale Regulierung. Eine einfache Formel gibt es aber nicht dafür.

Aber bestimmt Beispiele: Wie soll man Top-Manager entlohnen?

Thielemann: Manager should be paid like bureaucrats. Da stimme ich mit Bruno Frey und Margrit Osterloh klar überein. Führungskräfte sollten vorrangig fix vergütet werden.

Was spricht gegen Anreizsteuerungen?

Thielemann: Die Anreizsteuerung atmet den Geist des Ökonomismus. Nicht nur degradiert sie Manager zu pawlowschen Hunden – was sie sich gerne gefallen lassen mögen, weil es sie steinreich macht. Auch werden sie für ihre Skrupellosigkeit entlohnt, und zwar fürstlich, nämlich dafür, alles hinauszukippen, was nicht der höchstmöglichen Rentabilität des Unternehmens dient. Die Ökonomisierung der Welt findet auch innerhalb der Unternehmen statt.

Ein Manager darf gar nicht moralisch denken?

Thielemann: Sagen wir es so: Wenn er nicht alles daransetzt, Gewinne zu maximieren, kriegt er ja nicht nur einen kleineren Bonus, ein anderer übernimmt dann seine Stelle.

In Ihren Augen ein noch skrupelloserer.

Thielemann: Jedenfalls ein ökonomisch radikalerer. Problematisch ist vor allem der falsche Geist, der durch Boni in die Unternehmen kommt. Es ist der Geist der Gier. Das Unternehmen wird so auf ein einziges Ziel eingemittelt, nämlich die Rentabilität, und die ganzen vielfältigen Gesichtspunkte der Sinnhaftigkeit, Verantwortbarkeit, Anständigkeit, Fairness, die es bislang auch noch gab, werden rausgeworfen. Dabei muss gar nichts Skandalöses passieren. Dieser Wandel

läuft häufig ganz subtil. Doch die Mitarbeitenden spüren das und fühlen sich dann nur noch als Nummer. Warum wohl ist der Ruf des Managements so schlecht?

Warum?

Thielemann: Die Leute, die sich heute mit dem Wirtschaften befassen, sind alle durch ein Wirtschaftsstudium gegangen. Da lernen sie: Gewinnmaximierung ist erlaubt. Vernünftig ist, was rentiert. Sie lernen, dass der Homo oeconomicus «rational» handelt, moralische Integrität muss folglich als «irrational» gelten. Das prägt und führt zur Ökonomisierung des Denkens und im Ergebnis zur Entbettung der Marktverhältnisse. Vielen bereitet dies grosses Unbehagen.

Unter anderem Ihnen.

Thielemann: Ja, darum bin ich auch gegen das Marktprinzip. Es ist geradezu das Gegenprinzip zum Moralprinzip des Humanismus. Doch wird das Marktprinzip im Kern an den Wirtschaftsfakultäten gelehrt. Dieser Monismus ist wissenschaftlich eigentlich unhaltbar. Und darum haben wir das Memorandum lanciert. Überall sollte eine Vielfalt in die Wirtschaftswissenschaften Einzug halten.

Wie sollte dies geschehen?

Thielemann: Von den etablierten Ökonomen, die ja die Verkapselung zu verantworten haben, haben wir hier eher wenig zu erwarten. Der Wandel zur paradigmatischen Vielfalt und zur ethischen Reflexivität muss vor allem von aussen angestossen werden. Beispielsweise könnte die Politik dafür sorgen, dass an jeder Wirtschaftsfakultät Lehrstühle für Wirtschaftsethik eingerichtet werden. Diese Lehrstühle selbst sollen durchaus pluralistisch besetzt sein. Und in den Berufungskommissionen sollten die Ökonomen nicht die Mehrheit haben.

Ethik ist doch ein Feigenblatt für viele.

Thielemann: Das kann schon sein. Letztlich geht es auch um einen Wandel in der Wissenschaftskultur hin zur Redlichkeit. Ohne die Redlichkeit ist die Wissenschaft am Ende. Darum ist unser Memorandum auch ein Aufruf an die Ökonomen, redlich zu sein. Also sich mit gegensätzlichen Positionen ernsthaft auseinanderzusetzen. Dies ist heute kaum der Fall.

Was sagt denn Ihr Memorandum besorgter Wissenschaftler aus?

Thielemann: Das Memorandum beschreibt zunächst die Kritikpunkte, die an

den Wirtschaftswissenschaften geübt werden, teilweise von etablierten Ökonomen selbst. Etwa dass man die Finanzkrise nicht hat kommen sehen, diese vielmehr befeuert hat, oder dass das Ökonomiestudium zur Ökonomisierung des Denkens beiträgt. Unmittelbarer Anlass war die Forderung von Thomas Straubhaar, immerhin Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, nach einem «Ende des ökonomischen Imperialismus». Dies war einfach unglaublich. Der eigene Ökonomismus der Zunft der Ökonomen wurde nicht nur eingestanden, sondern auch als falsch herausgestellt.

Ihre Forderung?

Thielemann: Der Aufruf selbst ist höchst sparsam. Wir fordern nämlich die Ökonomen – mehr oder minder aussichtsreich – und die Wissenschaftspolitik dazu auf, für einen Pluralismus von Standpunkten zu sorgen sowie dafür, dass ethische Reflexionen zu einem selbstverständlichen Bestandteil des Ökonomiestudiums werden. Wir fordern also nicht ein bestimmtes anderes Paradigma, sondern Wissenschaftlichkeit.

DER MENSCH

Name: Ulrich Thielemann

Funktion: Direktor des MeM – Denkfabrik für Wirtschaftsethik

Alter: 51

Wohnort: Berlin

Familie: Ledig

Ausbildung: Diplom-Ökonom, Universität Wuppertal; Dr. oec., Universität St.Gallen

Karriere: 2001-2010 Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik 2001-2007 Lehrbeauftragter für Philosophie der Universität St.Gallen 2003-2010 Lehrbeauftragter für Wirtschaftsethik, Uni St.Gallen Seit 2011 Direktor des MeM – Berliner Denkfabrik für Wirtschaftsethik e.V. Seit 2011 Privatdozent für Wirtschaftsethik, Universität St.Gallen

Das Unternehmen Das MeM – Denkfabrik für Wirtschaftsethik – möchte praktische Orientierungen bieten und Perspektiven eröffnen für eine Menschliche Marktwirtschaft. Die Denkfabrik leistet ökonomismuskritische Aufklärungsarbeit und bietet einen Service public für die interessierte Öffentlichkeit sowie Beratungsdienstleistungen für die Akteure der Wirtschaftspolitik und der Unternehmenspolitik.